

An den Bürgermeister
der Stadt Gummersbach
Frank Helmenstein
Rathausplatz 1
51643 Gummersbach

Diyar Agu

Fraktionsvorsitzender DIE
LINKE. im Rat der Stadt
Gummersbach

Rathausplatz 1
51643 Gummersbach

Telefon 0152 07172807

diyar.agu@dielinkeoberberg.de
www.dielinkeoberberg.de

Gummersbach, den 15.01.2020

Ratsantrag: Maßnahmen zur Abfederung finanzieller und sozialer Folgen durch die COVID-19-Pandemie – Ausstattung einkommensschwacher Haushalte mit FFP2-Masken

Der Rat der Stadt Gummersbach möge beschließen, dass Personen aus einkommensschwachen Haushalten von der Stadt kostenfrei FFP2-Masken zur Verfügung gestellt bekommen. Berechtigt sind hierzu alle Personen, die folgende Sozialhilfen beziehen: Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II, Kriegsofferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz, Kinderpflegegeld nach dem SGB VIII oder SGB XII, Jugendhilfe bzw. Leistungen für den Lebensunterhalt nach §§ 19, 34, 41 SGB VIII, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld, Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz.

Begründung:

Die Covid-19-Pandemie hat viele Menschen vor finanzielle Probleme gestellt. Aktuell leiden die finanziell Schwächsten am stärksten unter den Auswirkungen der Pandemie, da finanzielle Mittel für effektive Schutzausrüstung wie Mund-Nasen-Schutzmasken oft nicht vorhanden sind. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein im vergangenen Jahr durch die Pandemie entstandener finanzieller Mehrbedarf vorhanden ist, der den gewöhnlichen Hartz-4-Regelsatz bei Weitem überschreitet. Wer am Existenzminimum lebt wird doppelt bestraft. War eine gesellschaftliche Teilhabe vor Ausbruch des Covid-19-Virus kaum vorhanden, so bedroht heute neben der sozialen Ausgrenzung und psychischen Belastung eine erhöhte Infektionsgefahr aufgrund mangelnden Schutzes viele einkommensschwache Menschen.

FFP2-Masken schützen vor dem Covid-19-Virus und helfen dabei, die Pandemie einzudämmen. Für Menschen mit geringen Einkommen sind sie aber zu teuer. Der monatliche Hartz-4-Satz für rezeptfreie medizinische Erzeugnisse liegt bei exakt 2,50 Euro. Zum Vergleich: Aktuell kostet eine handelsübliche FFP2-Maske in der Apotheke ca. 4,95 Euro und ist damit für einkommensschwache Menschen schon heute nicht bezahlbar. Es häufen sich die Berichte, dass nach der Ankündigung einer FFP2-Pflicht im öffentlichen Nahverkehr und im Einzelhandel im Bundesland Bayern die Preise für FFP2-Masken auf dem freien Markt stark ansteigen. Da die Landesregierung über eine ähnliche Pflicht in NRW nachdenkt, könnte sich ohne eine Preisbindung auch bei uns die soziale Ungleichheit weiter verschärfen.

Hier würden kostenfreie FFP2-Masken viele bedürftige Menschen finanziell entlasten.



Diyar Agu

Fraktion DIE LINKE.



Tom Peetz